



---

## **Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung**

30. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*)

26. August 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.45 Uhr bis 15.25 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**TOP 1 siehe Ausschußprotokoll 12/931**

**2 Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen**

1

- **Verlässliche Politik in einer Zeit des Umbruchs**
- **Ziele, Perspektiven und Handlungsschwerpunkte in der 12. Legislaturperiode**

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Drucksache 12/1759

Der Ausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis und überweist ihn einstimmig an die plenare Diskussion zurück.

---

\*) öffentlicher Teil siehe APr 12/931

**3 Ja zu den Chancen der Bio- und Gentechnologie besonders in der Medizin**

Antrag der CDU-Fraktion  
Drucksache 12/3137

3

Nach der Beratung beschließt der Ausschuß einstimmig, kein Votum für den federführenden Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales abzugeben.

**4 Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der Geschäftsordnung des Landtags zum Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3143

7

Der Ausschuß beschließt einstimmig, am 30.09.1998 eine Anhörung durchzuführen und die Tischvorlage der anzuhörenden Sachverständigen um einen Vertreter der beiden Landwirtschaftsverbände, den Verband der Kompostanlagenbetreiber, den Bundesverband für Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) sowie das BMU zu erweitern.

Die Ausschußmitglieder stimmen einer eventuellen Sondersitzung am 11.11.1998, 13.30 Uhr, zu.

**5 Aktuelle Entwicklung Factory-Outlet-Center aus Sicht von Raumordnung und Landesplanung**

8

Die Ministerin erstattet den von der CDU erbetenen Bericht, dem sich eine Aussprache anschließt.

- 6 Verzögerung von Planfeststellungsverfahren gem. § 31 WHG zum Bau von Hochwasserrückhaltecken** 12
- hier: Hochwasserrückhaltebecken an Rotbach bei Niederberg, Stadt Erftstadt, Erftkreis**

Ministerin Bärbel Höhn berichtet.

- 7 In welchen Müllverbrennungsanlagen in NRW liegt der Glühverlust bei über 10 %, und welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?** 14

Die Ministerin erstattet Bericht.

**Nächste Sitzung: 16. September 1998**

\*\*\*\*\*



**4 Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der Geschäftsordnung des Landtags zum Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3143

**Vorsitzender Klaus Strehl** verweist darauf, daß der Gesetzentwurf der Landesregierung vom Plenum am 18. Juni 1998 an den Umweltausschuß - federführend - und an den kommunalpolitischen Ausschuß sowie den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zur Mitberatung überwiesen worden sei. Alle Fraktionen seien übereingekommen, eine öffentliche Anhörung nach § 32 Geschäftsordnung des Landtags durchzuführen. Als Anhörungstermin sei der 30.09.1998, 9.00 Uhr, avisiert worden. Mit Schreiben vom 19.06.1998 habe er die Fraktionen gebeten, ihm den Kreis der anzuhörenden Personen bis zum 15.08.1998 mitzuteilen. Da dies leider nicht geschehen sei, habe er eine Tischvorlage der anzuhörenden Sachverständigen erarbeitet.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD)** schlägt vor, auch die Landwirtschaftsverbände zu berücksichtigen, da die Biokompostierung ein wesentliches Thema der Anhörung sei und die Landwirtschaft zu den Hauptabnehmern von Kompost gehöre. - **Vorsitzender Klaus Strehl** empfiehlt, die beiden Landwirtschaftsverbände zu bitten, sich auf einen Sprecher zu einigen, der in der Anhörung vortrage.

**Johannes Rimmel (GRÜNE)** regt an, die Betreiber von Kompostanlagen einzuladen, die sicher auch einem Verband angehörten. - **Der Vorsitzende** hält fest, daß ihm die Ministerin kurzfristig die Anschrift dieses Verbandes mitteilen werde.

**Werner Stump (CDU)** bittet, auch den Bundesverband für Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) einzuladen, dessen Anschrift er kurzfristig nachliefern werde, sowie das BMU.

**Johannes Rimmel (GRÜNE)** macht darauf aufmerksam, daß die Bezirksregierung Detmold vergessen worden sei. - **Der Vorsitzende** sagt zu, sie aufzunehmen.

**Hans Peter Lindlar (CDU)** schlägt vor, einige Sachverständige lediglich um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. - **Vorsitzender Klaus Strehl** antwortet, daß alle Stellungnahmen schriftlich erbeten würden. Welcher der Sachverständigen zur Anhörung anreise, bitte er dem Vorsitzenden zu überlassen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) regt an, die Eingangsstatements auf fünf Minuten zu begrenzen, damit Zeit für Nachfragen bleibe.

Vorsitzender Klaus Strehl will dies den anzuhörenden Sachverständigen mitteilen.

Die terminliche Abwicklung des Verfahrens stelle er sich wie folgt vor, um das Inkrafttreten des Landesabfallgesetzes am 01.01.1999 zu gewährleisten:

- 30.09.1998 Anhörung,
- 28.10.1998 Ausschusssitzung mit Beratung dieser Anhörung,
- 11.11.1998, 13.30 Uhr, eventuelle Sondersitzung, falls die Beratung am 28.10.1998 noch nicht abgeschlossen sei,
- 18./19.11.1998 plenare Diskussion in zweiter bzw. dritter Lesung.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlußprotokoll.

## 5 Aktuelle Entwicklung Factory-Outlet-Center aus Sicht von Raumordnung und Landesplanung

Ministerin Bärbel Höhn berichtet:

Factory-Outlet-Center zeichnen sich dadurch aus, daß Markenartikel verschiedener Branchen mit erheblichen Preisnachlässen ohne Einschaltung des Zwischenhandels an den Endverbraucher verkauft werden. Es handelt sich um Vorsaisonware, Überschußware, Auslaufmodelle, Restposten und Testware. 70 % des Sortiments nehmen Bekleidungsartikel ein. Insgesamt geht es um Sortimente, die typischerweise in Innenstädten angeboten werden. Es sollen Käuferschichten in einem Einzugsbereich von 100 km und mehr, bis zu zwei Autostunden entfernt, einbezogen werden.

Die Standortwünsche der Ansiedlungen von Factory-Outlet-Centern stehen oft in krassem Widerspruch zu den Zielsetzungen der Raumordnung, großflächigen Einzelhandel auf zentrale Standorte in von der Größenordnung her geeignete Gemeinden zu lenken. Gewünscht wird ein Standort in Nähe einer Autobahnabfahrt fernab von Großstädten. Da von diesen Centern wegen der erheblich verbilligten Preise und des großen Einzugsgebiets eine erhebliche Gefahr für die Innenstädte ausgeht, hat dieses Thema bundesweite Bedeutung erlangt. Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder haben sich in ihrer Besprechung am 18.12.1997 mit dieser Thematik beschäftigt und die Wirtschafts-, Raumordnungs- und Bauminister gebeten, einen Bericht zur Ansiedlung von Herstellerdirektverkaufszentren vorzulegen, insbesondere zu deren negativen Auswirkungen auf die Innenstädte und den Einzel-